



Pfäffikon, 22. April 2024

SP KRITISIERT HOHE BANKER-LÖHNE

An der Aprilsession diskutiert der Kantonsrat über den Geschäftsbericht der Schwyzer Kantonalbank (SZKB). Dabei wird die SP insbesondere die hohen Löhne der Geschäftsleitung kritisieren. Zudem berät der Kantonsrat über das neue Verwaltungszentrum im Kaltbach sowie über die Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs. Beides wird von der SP befürwortet.

Die Schwyzer Kantonalbank zahlte ihrer 5-köpfigen Geschäftsleitung 2023 Jahreslöhne von insgesamt 4 Millionen Franken aus. Zwar ist dies ein Ausreisser und im 4-Jahres-Durchschnitt geht es um jährlich rund 3 Millionen beziehungsweise 600'000 Franken pro GL-Mitglied. Der Lohn der CEO dürfte dabei noch klar darüber liegen. Für Kantonsrat Elias Studer (Oberarth) ist klar: «Niemand kann eine Leistung erbringen, die so viel mehr Wert hat als die Arbeit von allen anderen Werkträgern». Nicht zu begründen sind die hohen Manager-Löhne vor allem auch im Hinblick auf die tiefen (bei gewöhnlichen Lohnkonten gar nicht vorhandenen) Zinsen und hohen Gebühren, welche letztes Jahr von signifikant mehr Kund:innen beanstandet wurden. Die SP wird den SZKB-Jahresbericht deshalb mehrheitlich ablehnen.

SP für moderne Verwaltungsarbeitsplätze

Mit dem neuen Verwaltungszentrum im Kaltbach werden hunderte von qualifizierten Büroarbeitsplätze aus dem Zentrum von Schwyz abgezogen. Dies steht im Widerspruch zu den raumplanerischen Grundsätzen, die der Kanton von den Gemeinden und Privaten einfordert. Dass das bestehende Verwaltungsgebäude, das alte AHV-Gebäude, nicht mehr saniert werden kann und einem Neubau weichen muss, ist unbestritten. Dass verzettelte Verwaltungseinheiten zusammengeführt werden, wie auch die Polizei und die Stützpunktfeuerwehr in einem gemeinsamen Projekt integriert werden, ist sinnvoll. Eine Lösung am bestehenden Ort wäre wünschenswert gewesen, dabei wäre jedoch auch der Status Quo der Verzettelung zementiert worden und es wären massive Mehrkosten beim Bau für Provisorien angefallen. Unter dem Strich ergibt sich ein stimmiges Gesamtkonzept, welches die Kritikpunkte überwiegt und den Mitarbeitenden mit modernen Arbeitsplätzen einen Mehrwert bietet. Daher wird die SP-Fraktion dem Kredit für das neue Verwaltungszentrum mehrheitlich zustimmen.

Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes:

SP für Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs

Erfreulicherweise wurde bei der Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes die Anliegen der SP vollumfänglich berücksichtigt und somit werden zukünftig die Behörden

nach einer Übergangsfrist von drei Jahren den Bürger:innen die Möglichkeit bieten, den Geschäftsverkehr mit Behörden elektronisch erledigen zu können. Natalie Eberhard Staub (Lachen), Kantonsrätin und Mitglied der Rechts- und Justizkommission, betont: «Uns als SP ist es wichtig, dass die analogen Kanäle offen bleiben und Menschen ohne digitalen Zugang weiterhin ermöglichen, mit den Behörden in Kontakt treten zu können.» Dieses Ansinnen wird auch vom Regierungsrat unterstützt.

Öffentlichkeitsprinzip durchsetzen

Sowohl kantonale als auch kommunale Behörden setzen sich immer wieder mit fadenscheinigen Argumenten über das im Kanton Schwyz geltende Öffentlichkeitsprinzip hinweg. Aufgrund des steinigen Wegs, um das Recht auf Aktenherausgabe durchzusetzen, hat diese teils machtmisbräuchliche Strategie immer wieder Erfolg. Schuld sind zu lange Bearbeitungsdauern, ein hohes Kostenrisiko und zu schwammige Ausnahmebestimmungen. Mit einer Motion will die SP deshalb die Steine aus dem Weg räumen, die die Durchsetzung des Öffentlichkeitsprinzips erschweren. «Die Bevölkerung und die Medien müssen den Behörden auf die Finger schauen können», meint Kantonsrat Elias Studer (Oberarth), «das ist zentral für die Demokratie».

Ja zur Prüfung eines Amtes für Statistik

Die SP-Fraktion setzt sich mit einem Postulat dafür ein, zu prüfen, was die Einführung eines Amtes für Statistik im Kanton Schwyz in rechtlicher, personeller und finanzieller Hinsicht konkret bedeuten würde. 17 Kantone haben bereits ein solches Amt. Der Kanton Schwyz besitzt kein eigenes Statistikamt. Im Kanton Schwyz ist die Aufbereitung zweckmässiger Entscheidungsgrundlagen Aufgabe des Regierungsrates (z.B. der Aufgaben- und Finanzplan und der Jahresbericht). Der Regierungsrat hat so in der Hand, was wann überhaupt analysiert und publiziert wird. Somit besteht keine wirkliche Unabhängigkeit. SP-Kantonsrat Martin Raña (Küssnacht) dazu: «Statistik schafft Wissen für alle – objektiv, neutral und unabhängig von politischer Einflussnahme!»

Fachkräftemangel mit einem Berufsbildungsfonds im Kanton Schwyz bekämpfen

Die bewährte und äusserst wichtige Berufslehre gerät insgesamt unter Druck. Dadurch ist zu befürchten, dass der Fachkräftemangel sich noch verschärft. Die SP-Fraktion schlägt deshalb vor, dass der Kanton Schwyz einen kantonalen Berufsbildungsfonds einführt. Das Prinzip ist einfach: Betriebe, die keine Lernende ausbilden («Trittbrettfahrer»), müssen ein Promille der Lohnsumme in den Fonds einzahlen. Das Geld wird jenen Unternehmen ausbezahlt, welche Lernende ausbilden. Das Ziel: Unternehmen zur Ausbildung junger Berufsleute zu motivieren. Ein solcher Fonds besteht bereits im Kanton Zürich. Der Kanton Luzern hat erst vor Kurzem eine gleichlautende FDP-Motion mit 104 zu 0 Stimmen erheblich erklärt.

SP-Fraktion des Schwyzer Kantonsrats

Kontakt

Carmen Muffler, Fraktionspräsidentin, carmen.muffler@spschwyz.ch, 079 727 17 78